

Medienmitteilung

Städteinitiative Sozialpolitik

Zehn Jahre Kennzahlen aus Schweizer Städten:

Armut und Sozialhilfe im Spiegel des Arbeitsmarkts

Bern, 6. Juli. Der aktuellste „Kennzahlenvergleich zur Sozialhilfe in Schweizer Städten“ weist für 2008 sinkende Fallzahlen aus – ein Spiegel der damals noch günstigen Wirtschaftslage. Solche Parallelen zum Arbeitsmarkt sind auch im Auf und Ab der Sozialhilfezahlen der letzten zehn Jahren sichtbar. Bildung und Gesundheit beeinflussen das Armutsrisiko und die langfristig steigenden Sozialhilfezahlen ebenso.

Die Städte Basel, Bern, Luzern, St. Gallen, Schaffhausen, Uster, Winterthur und Zürich vergleichen jährlich die Zahlen zur Sozialhilfe. Der Kennzahlenvergleich der beteiligten Städte erscheint mit den Ergebnissen 2008 zum zehnten Mal. Eine gute Nachricht – sinkende Fallzahlen gegenüber 2007 – ist gemäss jüngsten Entwicklungen in mehreren Städten bereits überholt.

Sozialhilfe wird zu einer Art Dauerrente

Trotz noch guter Konjunktur war 2008 eine Rückkehr in den Arbeitsmarkt schwierig, insbesondere für Menschen, die längere Zeit in der Sozialhilfe und ohne Erwerbseinkommen sind. Je nach Stadt benötigt ein Drittel bis knapp die Hälfte aller Sozialhilfebeziehenden die Existenzsicherung drei Jahre und länger. Je länger die Arbeitslosigkeit dauert, umso geringer sind die Chancen am Arbeitsmarkt – mit ein Grund, warum die Sockelbelastung in der Sozialhilfe stetig grösser wurde. Besorgniserregend ist zudem die nach wie vor überdurchschnittlich hohe Sozialhilfequote von Kindern und Jugendlichen. Eine Entspannung zeichnete sich hingegen bei jungen Erwachsenen ab: Die Städte fördern mit diversen Programmen die Arbeitsintegration speziell dieser Altersgruppe, was offenbar Wirkung zeigt.

Das zehnte Erscheinungsjahr des Kennzahlenvergleichs war der Städteinitiative Sozialpolitik Anlass, wichtige Trends und Zusammenhänge in Wirtschaft und Gesellschaft in diesem Zeitraum in einer Publikation darzustellen. Im Fokus steht der Arbeitsmarkt. Mit dem Strukturwandel der Wirtschaft sind die Ansprüche an die Beschäftigten gestiegen und einfache Arbeitsplätze verlorengegangen. Damit sind viele gering qualifizierte oder belastete Menschen vom Arbeitsmarkt ausgegrenzt. Wenn kein Anspruch (mehr) auf Leistungen der Arbeitslosenversicherung oder der Invalidenversicherung besteht, bleibt für die Existenzsicherung nur die Sozialhilfe, und dies oft über Jahre.

Soziale Integration und Armutsprävention

Der Anspruch, alle diese Menschen in den Arbeitsmarkt zurückzuführen, ist unrealistisch, erst recht in der Krise. Die Konkurrenz unter den Trägern der sozialen Sicherung bei der Arbeitsintegration ist in verbindliche Zusammenarbeit zu wenden, aber auch die soziale Integration stärker zu fördern. Ebenso die Prävention von Armut. Insbesondere die Situation sozial benachteiligter Familien und Kinder ist zu

verbessern, damit Armut nicht an die nächste Generation vererbt wird. Stichworte sind Frühförderung, bessere Bildungschancen und Ergänzungsleistungen für Familien.

Die Sozialhilfe, deren Kosten vor allem von Städten und Gemeinden getragen werden, muss immer mehr auch für strukturelle Risiken aufkommen. Angesichts der Krise wird diese Belastung weiter steigen. Die Städteinitiative Sozialpolitik fordert, dass die Kosten von Bund und Kantonen mitgetragen werden.

Vollständige Unterlagen zur Medienkonferenz sowie

Kontaktpersonen für Fragen zu einzelnen Städten:

www.staedteinitiative.ch / Aktuell

Für Fragen stehen zur Verfügung:

Ruedi Meier, Präsident Städteinitiative Sozialpolitik, Sozialdirektor Stadt Luzern, Tel. 041 208 81 32

Edith Olibet, Direktorin für Bildung, Soziales und Sport der Stadt Bern, Tel. 031 321 64 33

Ernst Schedler, Leiter Soziale Dienste Winterthur, Tel. 052 267 56 13